

res die im Jahr 1968 geronnenen Diskursvorgaben ihrer Eltern aufdrängen lassen. Innerhalb des dringend notwendigen Konzepts für eine bundesrepublikanische Kultur des Erinnerns wird deshalb viel darauf ankommen, Freiräume zu schaffen, in denen die angemessene Art und Weise des Sich-Erinnerns offen diskutiert werden kann. So wichtig ein zentrales Holocaust-Mahnmal zwischen Parlament und Potsdamer Platz ist, mit einem eher abstrakten Denkmal allein wäre noch nicht viel gewonnen. S. O.

## For president!

*Eine ostdeutsche Naturwissenschaftlerin soll Johannes Rau herausfordern*

Mit einem Quotenpaket also will die CDU/CSU die rot-grüne Mehrheit der Bundesversammlung sprengen. Sie hat damit einen Überraschungscoup gelandet, gleichwohl ist ihre Strategie höchst durchsichtig. Weiblich, ostdeutsch, parteilos, im politischen Geschäft mithin gleichermaßen unbekannt wie unverbraucht, eine „Quereinsteigerin“ und kein Politprofi, statt dessen eine profilierte Wissenschaftlerin und dabei doch keine Juristin, ihr Fachgebiet: Teilchenphysik. Das Quotenpaket heißt *Dagmar Schipanski*, ist Mutter von drei Kindern und stammt, wie ein Kommentator liebevoll scherzte, aus dem tiefen Thüringer Wald.

Die Reaktionen auf diese Nominierung waren einhellig; die Überraschung wich schnell Kritik und Mitleid für die chancenlose „Zählkandidatin“: Die Frau, die Ostdeutsche und die Quereinsteigerin soll durchschaubarem Parteikalkül geopfert werden. Denn bislang zumindest verliefen Bundespräsidenten-Wahlen in Deutschland überraschungsfrei, entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in der Bundesversammlung, der alle

Bundestagsabgeordneten und die gleiche Zahl von Ländervertretern angehören. Für die Wahl am 23. Mai sprechen die Mehrheitsverhältnisse aber – auch nach der Hessenwahl – für den sozialdemokratischen Bewerber *Johannes Rau*.

Mit *Dagmar Schipanski* bewirbt sich zum vierten Mal eine Frau um das Amt des Staatsoberhauptes. Und auch ihre Vorgängerinnen, von SPD, Grünen und FDP aufgestellt, hatten keine Chance: 1979 kandidierte die ehemalige sozialdemokratische Bundestagspräsidentin *Annemarie Renger* gegen den von der CDU nominierten *Karl Carstens*. 1984 stellten die Grünen die Schriftstellerin *Luise Rinser* gegen den von der CDU/CSU benannten *Richard von Weizsäcker* auf und 1994 trat die FDP-Politikerin *Hildegard Hamm-Brücher* gegen *Roman Herzog* als Unionskandidaten an.

Welche Hintergedanken aber die CDU/CSU auch gehabt haben mag bei der Nominierung von *Schipanski*: Wäre es nicht doch begrüßenswert, wenn es am 23. Mai eine Überraschung gebe? Natürlich, wer wollte politische Verdienste und Qualifikation des langjährigen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten abstreiten? Fraglos ist er der geeignete Mann für dieses Amt: die gütige Vaterfigur, integrativ, wertorientiert und mit beeindruckenden rhetorischen Fähigkeiten. Und damit hebt er sich ja auch wohlthuend ab von der nur noch der Machtpolitik und dem Pragmatismus huldigenden Enkel-SPD.

Das Duell zwischen *Predigersohn* und *Pfarrerstochter* läßt sich aber sicherlich nicht mit dem Vorwurf vorentscheiden, *Schipanski* sei das Produkt parteipolitischer Strategie und Machtkalküls. Denn bei aller Wertschätzung für *Rau* darf auch nicht vergessen werden, daß seine Kandidatur Bestandteil eines „Deals“ war, das Angebot der Nominierung den Rücktritt als Ministerpräsident schmackhaft machen sollte.

Eine parteilose Naturwissenschaftlerin könnte da durchaus dem höchsten Amt

in Deutschland zu neuem Ansehen verhelfen, die für dieses Amt so wichtige Unabhängigkeit geradezu verkörpern. Vorausgesetzt sie schafft es, sich auch von den Erwartungen der sie nominierenden Partei zu emanzipieren, und vorausgesetzt sie schafft es, wirklich „offen nach allen Seiten zu sein“, wie sie bei ihren ersten Pressekontakten selbstbewußt versprach.

Und wenn, wie ihr „Vorgänger“ nicht müde wurde zu verkünden, Bildung, Wissenschaft und Forschung die „Megathemen“ eines zukunftsfähigen Deutschlands sind oder doch sein müßten, brächte *Schipanski* als ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates entscheidende Qualifikationen mit.

In jedem Fall wäre aber auch – zehn Jahre nach dem Fall der Mauer – eine Ostdeutsche ein wichtiges Symbol. Es ist ja keineswegs so, daß man angesichts des bereits erreichten Maßes des Zusammenwachsens von Ost und West schon ganz auf solche Symbole verzichten könnte. So alt aber, simpel und abgegriffen das entscheidende Argument für *Schipanski* sein mag, richtig ist es doch: Warum sollte nicht endlich einmal – am 23. Mai werden wir auch den Geburtstag des Grundgesetzes feiern – eine *Frau* als Bundespräsidentin die Deutschen nach innen wie nach außen repräsentieren? Sind diese Deutschen doch zur Hälfte eben Frauen.

Anerkennung hat die Kandidatin in jedem Fall schon deshalb verdient, weil sie offenbar keine Angst vor dem Quotenargument hat. Als Professorin, die sich in einer nach wir vor nahezu geschlossenen Männerdomäne behauptet, wird sie wissen, daß ohne die häßliche Krücke Quote, ohne eine politisch auch gewollte Förderung von Frauen, diese auch weiterhin draußen bleiben müssen.

Mit leicht verzweifelmtem Unterton kommentierte die Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes, *Ursula Hansen*, die Nominierung *Schipanski*: „Jahrelang sind wir Frauen in großer Einmütigkeit dafür eingetreten, daß endlich eine Frau das höchste Staatsamt bekleiden soll. Jetzt gibt es eine sehr re-



spektable Kandidatin, die Klugheit und Lebenserfahrung verbindet und die als parteilose Kandidatin dem überparteilichen Profil des Amtes gut entspricht, aber nun scheint sie aufgrund der Konstellationen, in der sie vorgeschlagen wurde, nicht die richtige zu sein.“ Schade eigentlich, aber vielleicht bringt der 23. Mai doch noch eine Überraschung.

A. F.

## Selber denken

*Kultusministerin Schavan fordert mehr Philosophie in der Schule*

Französische Philosophen haben mit ihren Büchern schon manche Bestsellerliste gestürmt. Das liegt unter anderem daran, daß die Philosophie in Frankreich einen höheren Stellenwert besitzt, in der Schule etwa ein ganz normales Unterrichtsfach ist. In deutschen Lehrplänen dagegen kommt sie selten über den Status eines Orchideenfachs hinaus. Um so bemerkenswerter ist es, wenn jetzt eine amtierende Kultusministerin eine Lanze für die Philosophie bricht – so geschehen Anfang Februar auf einer Tagung der Katholischen Akademie Freiburg. In ihrem Vortrag forderte Baden-Württembergs Kultusministerin *Annette Schavan* dazu auf, die Philosophie in der Schule stärker zum Zuge kommen zu lassen.

Also ein weiteres Wuchern der von Schülern und Lehrern zu bewältigenden Lernstoffe? Keinesfalls. Die Ministerin verfolgt vielmehr die – nur auf den ersten Blick paradox erscheinende – Strategie, sich gerade aufgrund der problematischen Ausweitung der Lehrpläne auf das Wesentliche zu besinnen: Wenn sich das Wissen heute alle fünf Jahre verdoppele, sei die Frage nach den Zusammenhängen um so vordringlicher. Sich genau dieser Frage zu widmen, ist eine originär philosophische Aufgabe.

Darüber hinaus legten die vielbeschworene „Neue Unübersichtlichkeit“ und der gesellschaftliche Wertewandel es nahe, daß sich die Schüler intensiver mit den Grundlagen des Gemeinwesens befassen. Da die Plausibilität des Beitrags der jüdisch-christlichen Traditionen bei der Begründung der freiheitlichen Ordnung zunehmend schwinde, müsse es zudem auch im Interesse der Christen sein, die Bindekräfte der Philosophie zu stärken.

Dabei geht es der Ministerin weniger um konkrete Inhalte. Die wichtigste Aufgabe der Philosophie sei vielmehr, daß Schüler für ein gelingendes Leben die richtige Fragehaltung entwickeln. Staunen wecken und Mut zum Denken machen, sind heute tatsächlich die wichtigsten Ziele philosophischer Unterweisung im Kielwasser der sokratischen Tradition. Nur wer gelernt hat, kritisch zu prüfen, weiterzudenken und sich letzten Fragen zu stellen, erwirbt die unabdingbare Urteilsfähigkeit, um gegen die schnellen Antworten der Ideologien gefeit zu sein.

Man hätte Schavan jedoch falsch verstanden, wenn man schlußfolgerte, daß nun jeder Schüler zwischen Aalen und Weil am Rhein das Fach Philosophie auf dem Stundenplan finden wird. Zwar bekannte sich die gelernte Philosophin und Theologin dazu, Philosophie als Fach in der Oberstufe des Gymnasiums anderen Nebenfächern gleichwertig anbieten zu wollen. Auch hatte sie selbst wenige Tage zuvor angekündigt, daß in Baden-Württemberg zum Wintersemester dieses Jahres ein Studiengang „Philosophie/Ethik“ eingerichtet wird. In diesem werden in Zukunft alle Lehrer ausgebildet, die in Baden-Württemberg das Fach Ethik unterrichten, das ab der achten Klasse für alle diejenigen verpflichtend ist, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen.

Grundsätzlich geht es Schavan aber nicht um eine Aufstockung des Angebots, sondern um die philosophische Dimension aller Fächer, seien es Deutsch, Geschichte, Gemeinschafts-

kunde und Religion oder die Naturwissenschaften. Besonders in den – stärker geforderten – fachübergreifenden, projektorientierten Unterrichtsformen wird Philosophie eine wichtige Rolle spielen können.

Zudem dürfe die Beschäftigung mit der Philosophie nicht auf das Gymnasium beschränkt bleiben, sie müsse zum Bestandteil jeder Schulbildung werden. Auf der Ebene der Lehrerausbildung an den Hochschulen wiederholt sich dann freilich das Problem einer Ausweitung des Fächerkanons. Schavan gab deshalb zu bedenken: Wie sich heute jeder Lehrer eine medienkundliche Kompetenz zu erwerben habe, ohne sich dafür eigens einschreiben zu können, müsse zukünftig jeder in der Lage sein, zum philosophischen Fragen anzuleiten und – zumindest die jeweils einschlägigen – Positionen der Philosophiegeschichte in seinen Unterricht mit einzubeziehen.

Dies alles ist ohne Einschränkung zu begrüßen, eine entsprechende didaktische Schulung der Lehrer vorausgesetzt. Aus der Sicht der Kirchen allerdings dürfte sich ein Punkt in der von Schavan provozierten Diskussion als kniffliges Problem herauskristalisieren. Die Ministerin hat mit Recht betont, daß es keinen Religionsunterricht ohne philosophische Inhalte geben kann, wie auch der Philosophie- und der Ethikunterricht nicht auf die Auseinandersetzung mit der Religionsphilosophie und den Werken christlicher Denker verzichten darf. Allerdings führt die Koppelung des Ersatzfachs Ethik an die Philosophie dazu, daß die Verschlingung von philosophischen und religiösen Fragen ineinander mündet – wenn etwa nur der Schüler der Mittelstufe am Philosophieunterricht teilnehmen darf, der sich vom Religionsunterricht abgemeldet hat. Eine Zusammenlegung beider Fächer scheidet hingegen aufgrund der kirchlichen Verantwortung für den Religionsunterricht aus.

Mit Blick auf die Lehrer hat nicht zuletzt der Katholisch-Theologische Fakultätentag Anfang Februar (vgl. ds. Heft, S. 158) darauf hingewiesen, daß